



Industriepolitik

Fakten | Argumente | Positionen

Strategische Industriepolitik implementieren, Zukunftstechnologien im eigenen Land halten, industriespezifische Rahmenbedingungen umsetzen!

Situation Sachsen

Industrieproduktion ist ein Stabilitätsanker der sächsischen Wirtschaft und wesentliche Grundlage unseres Wohlstandes im Freistaat. Mit über 67 Milliarden Euro Umsatz hat das verarbeitende Gewerbe im Jahr 2018 rund 21 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in Sachsen erwirtschaftet. Der Freistaat gehört auch historisch bedingt zu den stark industrialisierten Regionen Deutschlands, in denen produzierende Betriebe intensiv verflochtene Wertschöpfungsketten mit anderen Wirtschaftssektoren aufweisen und dadurch eine zentrale Drehscheibenfunktion ausüben. Gleichzeitig hat das Image der Industrie in den vergangenen Jahren unter bestimmten Gesichtspunkten gelitten bzw. wurde nicht mehr als Grundlage des hiesigen Wohlstandes betrachtet. Dies hat sich auch in wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausgedrückt, die insbesondere Industriebetriebe regulativ und abgabenseitig über Gebühr belasten und die Zukunftsfähigkeit des Sektors gefährden.

Industrie als Grundlage von gesellschaftlichem Wohlstand anerkennen

- Es ist wichtig, dass Politik und Staat den Wert der Industrie für unseren Wirtschaftsstandort (an)erkennen und den Sektor strategisch stärken. Es ist zwingend notwendig, ein Bewusstsein zu schaffen, dass unser aktueller Wohlstand nicht selbstverständlich oder selbstgenerierend ist, sondern dass wir auch zukünftig eine Idee haben müssen, wo dieser Wohlstand geschaffen wird. Nach unserer Auffassung sind Technologieführerschaft und Industriekompetenz Grundlagen zukünftigen Wohlstandes im Freistaat und in Deutschland und müssen strategisch und weitsichtig gestärkt werden.
- Wir begrüßen vor diesem Hintergrund, dass das Bundeswirtschaftsministerium Anfang 2019 eine breite Diskussion um eine „Nationale Industriestrategie“ („Altmaier-Papier“) angestoßen hat. Diese gilt es nun ideologiefrei und mit den oben genannten Zielstellungen zu führen. Auch in Sachsen ist die Staatsregierung weiterhin aufgefordert, das funktionierende Wertschöpfungsnetz als strategische Stärke des Freistaats zu pflegen.

Strategische Industriepolitik implementieren

- Wir erwarten von der Diskussion um das „Altmaier-Papier“ im Ergebnis eine langfristige Strategie, die konkret aufzeigt, wo der Industrie- und Wirtschaftsstandort in 10 und 15 Jahren stehen soll. Eine solche Strategie muss zwingend mit konkreten Maßnahmen, Meilensteinen und einer Roadmap untersetzt werden. Ebenso gilt es Prioritäten zu setzen: welche Maßnahmen werden zuerst umgesetzt und welche zu späteren Zeitpunkten.
- Die Politik darf den Begriff „Industriepolitik“ nicht mit einer staatlichen Wirtschaftslenkung gleichsetzen, wie es z. B. in Frankreich oder noch mehr China verstanden wird. Eine solche aktive Lenkung durch den Staat ist strikt abzulehnen. Vielmehr ist mit Industriepolitik gemeint, gute Standortfaktoren strategisch auf produzierende Betriebe abzustellen und umzusetzen.
- Auch der Freistaat Sachsen hat sich in den vergangenen Jahren strategisch mit der Industriepolitik befasst. In einem dreijährigen Prozess wurden unter Einbeziehung unterschiedlichster Akteure aus Politik und Wirtschaft strategische Leitlinien und Handlungsempfehlungen als Grundlage einer umfassenden sächsischen Industriestrategie erarbeitet. Grundsätzlich ist dieser Ansatz zu begrüßen. Wir erwarten nun aber in den kommenden Monaten, dass die bereits seit einem Jahr vorliegenden Ergebnisse auch in eine formale sächsische Industriestrategie überführt werden, die sowohl politischen als auch unternehmerischen Akteuren Handlungsorientierung und Planungssicherheit bietet.

Rahmenbedingungen für Industrie umsetzen

- Industriepolitik ist Standortpolitik, deshalb erwarten wir von der Politik auf Bundes- und Landesebene, dass sie effektive und effiziente Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort bereitstellt, um zukünftigen Wohlstand zu gewährleisten und zu erhalten. Ziel muss sein, ein maximal attraktives unternehmerisches Investitionsklima zu erzeugen. Wichtig ist dabei, dass Rahmenbedingungen für alle verarbeitende Industriebetriebe (gleich welcher Betriebsgröße) geschaffen und insbesondere der Mittelstand und KMU im Blick behalten werden. Eine strategische Fokussierung der Politik auf Großunternehmen unter der Prämisse „size matters“ lehnen wir ab. Die Aktualisierung der „Nationalen Industriestrategie“ vom Herbst 2019 trägt dem richtigerweise Rechnung.
- Aus unserer Sicht gibt es drei zentrale Bereiche für gute Rahmenbedingungen:
 - bürokratische Entlastungen von Gesetzen, Verordnungen, Reglementierungen und Dokumentationspflichten
 - monetäre Entlastungen von Steuern, Sozialabgaben und zentralen Marktpreisen (z.B. Energie/Strom)
 - bedarfsgerecht bereitgestellte öffentliche Infrastruktur.
- Für konkrete Vorschläge zu Rahmenbedingungen, wie Technologie, Innovation, Fachkräfte, Infrastruktur etc. vergleichen Sie die wirtschaftspolitischen Grundsatzpapiere der IHK Dresden.
- Zwei Standortfaktoren, die eine übergeordnete Rolle für die hiesige Industrie haben, seien an der Stelle stellvertretend genannt: Deutschland hat insbesondere durch staatliche Eingriffe die höchsten Energie- und Strompreise in Europa, wodurch in erster Linie energieintensive Industrieunternehmen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Die Politik muss hier zwingend mit Steuer- und Abgabentlastung gegensteuern!
Daneben muss die öffentliche Hand eine bedarfsgerechte und ausreichende Flächenausweisung garantieren und Konzepte entwickeln, die Firmeninvestitionen und regulatorische Standards in diesem Bereich in Einklang bringen. Lärm- und Umweltschutz dürfen nicht im Zielkonflikt mit dem Flächenbedarf produzierender Unternehmen stehen.

Humankapital zielgerichtet ausbilden und anwerben

- Eine langfristige Industrie- und Wohlstandsstrategie muss zwingend auch bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen implizieren. Die Zukunftsfestigkeit des produzierenden Gewerbes hängt nicht nur von Firmen und Technologien, sondern insbesondere auch von Köpfen ab.
- Die Politik ist aufgefordert, Nachwuchskräfte in den industriepolitisch relevanten Bereichen auszubilden und die besten MINT-Köpfe im Land zu halten bzw. für den Standort zu gewinnen. Vergleichen Sie hierzu unser Positionspapier „Fachkräftesicherung“.

Zentrale Industriebereiche definieren, FuE fördern, Ideen im Land halten

- Überlegungen einzelne Firmen bzw. Konzerne zu schützen und zu protegieren lehnen wir ab. Diese Ansätze gehen genauso wie ein staatlich gelenkter Protektionismus aktuell bestehender inländischer Wertschöpfungsketten in einer globalisierten Welt an der Realität vorbei und sind langfristig auch nicht zielführend.
- Vielmehr sehen wir es als Aufgabe der Politik, gemeinsam mit Wissenschaft und Kammern zentrale industrielle Wirtschaftsbereiche zu definieren, in denen wir aktuell einen Technologievorsprung haben und von denen auszugehen ist, dass sie auch noch in Jahrzehnten Wohlstand in Sachsen und Deutschland generieren können. Eine solche Auswahl muss objektiv und frei von Lobbyeinflüssen für bestimmte Branchen erfolgen.
- Beispiele solcher zentralen Industriebereiche sind Mobilität, Energie, Künstliche Intelligenz und Prozesstechnologie / „Internet of Things“ für die der Staat Maßnahmen ergreifen muss, um Ideen, Innovationen und Patente im Land zu halten. Was im globalen Wettbewerb langfristig keinen Sinn macht ist, Innovationen national zu fördern und dann international „ziehen zu lassen“.
- Wenn es gelingt, in diesen zentralen Industriebereichen Ideen und Patente im Land zu halten, werden sich rundherum auch Wertschöpfungsketten halten oder neue entstehen. Dies funktioniert allerdings nur als organischer Prozess aus der Privatwirtschaft.

Stabilität des Finanzsystems garantieren und privates Wachstumskapital fördern

- Investierende Industriebetriebe benötigen in der Regel mehr Wachstumskapital als Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche. Die Politik ist gefordert, geldpolitisch auf die Stabilität des hiesigen Finanzsystems hinzuwirken, damit wertschöpfende Unternehmen in ihren Wachstumsbestrebungen nicht ausgebremst werden. Kreditklemmen dürfen nicht zu Investitionshürden unserer Industrie werden.
- Expansive Industrieunternehmen müssen auch von mehr privatem Wagnis- und Wachstumskapital profitieren. Ein Tech-Startup kann sich mit der richtigen Idee schnell zu einem Industriebetrieb mit hohen Stückzahlen entwickeln – wenn es in den entscheidenden Phasen auf ausreichend Fremdkapital zurückgreifen kann.
Bund und Länder müssen hier entsprechendes privates Wachstumskapital steuerlich begünstigen um stärkere Anreize zu setzen.

Kartellrecht an globalisierte Wirtschaft anpassen


- Das europäische Kartellrecht sollte sich den aktuellen globalisierten und weltwirtschaftlichen Realitäten anpassen. Das meint konkret, dass Monopol- und Kartelldefinitionen nicht mehr ausschließlich auf den europäischen Markt, sondern auf einen globalen Wettbewerbsstandort bezogen werden sollen. Freiwillige Zusammenschlüsse europäischer Unternehmen dürfen vor dem Hintergrund nicht mehr mit europabezogenen Monopolargumenten verhindert werden.

Internationales Level Playing Field einfordern

- Auch eine Industriepolitik, die Spielregeln, Rahmenbedingungen, freien Wettbewerb und Eigentumsrechte als zentrale Prämissen definiert, steht in internationalem Wettbewerb. Andere Wirtschaftsräume betreiben gegensätzliche Industriepolitiken, die auf Protektionismus, staatlichen Subventionen und gelenkten Kapitalströmen aufbaut. Auch wenn dieser Ansatz aus unserer Sicht langfristig eine schlechtere Performanz aufweist, kann er kurz- und mittelfristig Teile des hiesigen Industriestandorts bedrohen.
- Wir erwarten deshalb seitens der Bundesregierung und der Europäischen Union sich international für ein sogenanntes Level Playing Field einzusetzen, in dem für alle globalen Wirtschaftsräume die gleichen fairen Regeln gelten. Globalen Wettbewerbern muss der langfristige Erfolg dieses Ansatzes nachdrücklich aufgezeigt werden.

Ansprechpartner:

Moritz John, Referent Mittelstandspolitik und Soziale Medien | Telefon +49 351 2802-106 | john.moritz@dresden.ihk.de
Manuela Gogsch, Geschäftsführerin Industrie und Außenwirtschaft | Telefon +49 351 2802-133 | gogsch.manuela@dresden.ihk.de

 www.dresden.ihk.de

 www.facebook.com/ihkdresden1

 www.twitter.com/ihkdresden